



Regierungsratsbeschluss vom 24. September 2024

Interpellation Nr. 100 Patrizia Bernasconi betreffend gesetzwidrige und mietfeindliche Grundhaltung der Basler Regierung gegenüber einzelnen bundesrätlichen Mieterschutzmassnahmen; schriftliche Beantwortung

P245332

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Bundesrat führte eine Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) durch. Der Regierungsrat hat in seiner Vernehmlassungsantwort an den Bundesrat zwei der vier vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur beabsichtigten Dämpfung der steigenden Mietzinsentwicklung und zur Schaffung von Transparenz mitgetragen; zwei andere Massnahmen hat er abgelehnt (vgl. P240506). Die Interpellantin stellt Fragen insbesondere mit Bezug zu den beiden abgelehnten Massnahmen. Diese wurden vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

